Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **10 (1990)**

Heft 20

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Rezensionen

John Keane: Democracy and Civil Society: On the Predicaments of European Socialism. The Prospects for Democracy and the Problem of Controlling Social and Political Power. Verso, London/New York 1988 (253 S. 29.95 Pfund)
John Keane (Hg.): Civil Society and the State. New European Perspectives. Verso, London/New York 1988 (426 S. 39.95 Pfund)

Allmählich beginnt auch im deutschsprachigen Europa eine Diskussion über das Konzept von Zivilgesellschaft. Am weitesten fortgeschritten ist sie in der angelsächsischen politischen Kultur. Ein Grund dafür findet sich im historischen Erbe Englands und der USA, wo es dank und seit den frührepublikanischen Revolutionen im 17. und 18. Jahrhundert ein entwickelteres zivilgesellschaftliches Selbstverständnis gibt als etwa in Deutschland. Eine weitere Erklärung liegt in der neulinken Kultur, welche gegenüber der demokratischen Frage dank der Schwäche des Stalinismus immer offener war als beispielsweise in der BRD oder in Frankreich. Zwei der wichtigsten und aufschlussreichsten Werke stammen vom englischen Politologen und Soziologen *John Keane*. Gleichzeitig veröffentlichte er vor zwei Jahren die 14 Beiträge umfassende *Anthologie* „Civil Society and the States" (CSS) und seine eigene Essay-Sammlung „Democracy and Civil Society" (DCS) bei den New Left Books. Dieser Londoner Verlag ist ein Kind der 1960 gegründeten Zeitschrift „New Left Review", welche innerhalb der Linken einen dritten Weg gegen die stalinistische und sozialdemokratische Staatsgläubigkeit vertritt und sich „für die Werte eines sozialistischen Humanismus und einer partizipatorischen Demokratie" einsetzt, wie es in der Jubiläums-Nummer 180 (März/April 1990) heisst.

Das Ziel des 68ers John Keane ist es, „die Idee des Sozialismus durch das Prisma der alten Unterscheidung zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu demokratisieren" (DCS). Es geht also weder um ein „Requiem auf den Sozialismus" (DCS), noch um die Ersetzung der überholten „Zentralität der Arbeiterklasse" durch diejenige der „Zivilgesellschaft". Keane's Anlässe und Anstösse sind das Scheitern des neokeynesianischen sozialdemokratischen Politikmodells, das mit seiner Bürokratisierung und seinem Paternalismus den – in Grossbritannien spektakulären – Aufstieg des Neokonservativismus (Thatcherismus) ermöglichte, das Fiasko des Stalinismus und das Auftauchen alternativer sozialer Bewegungen in West und Ost, welche mehr gesellschafts- als staatsorientiert, eher basisdemokratisch als parteimässig organisiert sind.

Die Anthologie eröffnet Keane mit einem eigenen Beitrag „Despotism and Democracy" über die „Ursprünge und Entwicklung der Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und Staat 1750 - 1850". Damit grenzt er den Begriff „Zivilgesellschaft" klar ab von der traditionellen, von Aristoteles über Cicero bis Rousseau vertretenen Konzeption, welche das Zusammenfallen der „koinonia politike", einer herrschaftsfreien, selbstorganisierten Vereinigung von Ebenbürtigen mit der „polis", der politischen Gesellschaft, idealisiert. Der erste, der dieses Konzept aufbrach, war der schottische Aufklärer Adam Ferguson mit seinem „Essai on the History of Civil Society" (1767). Er vertrat die Bildung von autonomen gesellschaftlichen Verbindungen – sogar Milizen –, so dass solche „Gesellschaften in der Gesellschaft" diese gegen den Staat verteidigen können.

Einen bedeutenden Schritt weiter ging Thomas Paine, der wichtigste

Theoretiker der amerikanischen Revolution. In seiner Studie über die „Menschenrechte" (1791/1792) verteidigte er die amerikanische und französische Revolution gegen das konservative Thatcher-Vorbild Edmund Burke. Es handelt sich hier um den klassischen und aktuell gebliebenen Zusammenstoss zwischen einem Radikaldemokraten, für den der Staat ein (notwendiges) Übel ist, und einem Staatsgläubigen, für den die Demokratie der Obrigkeitsstaat ist. Nach Thomas Paine, der eine heute noch vitale nordamerikanische Tradition der Verbindung von Libertärem und Solidarischem begründete, gibt es bei allen Menschen ein natürliches Bedürfnis nach Gesellschaft. Dieses ermöglicht den autonomen Individuen gesellschaftliche Beziehungen zu entfalten. Diese „unbefragt gute" (Keane) Zivilgesellschaft gab es schon vor dem Staat, der gegenüber den Bürgern nur Pflichten, aber keine Rechte hat. Paine drückt mit seinem Optimismus das Selbstbewusstsein einer revolutionären „Bürgergesellschaft" aus, welche ohne Rücksicht auf übergeordnete Gewalten oder hergebrachte Grundsätze die Menschenrechte und die Volkssouveränität ausrief (1776), das Widerstandsrecht gegen die Regierung festschrieb und die Praxis der Selbstregierung mit einer zweiten föderalistischen Revolution (1792) bekräftigte.

Die „dritte Phase bezüglich Zivilgesellschaft" wird am Beispiel von Hegels „Grundlinien der Philosophie des Rechts" (1821) illustriert. Im Unterschied zu Paine idealisiert der deutsche Denker nicht die „bürgerliche Gesellschaft", ein in Wirtschaft, Rechtspflege und Verwaltung differenziertes Gebilde, sondern den Staat: "In der Wirklichkeit ist darum der Staat überhaupt vielmehr das Erste, innerhalb dessen sich erst die Familie zur bürgerlichen Gesellschaft ausbildet (...) und es ist die Idee des Staates, welche sich in diese beiden Momente dirimiert" (Rechtsphilosophie). Diese braucht wegen ihrer Gespaltenheit in Sonder-Interessen den übergeordneten Staat als Schlichter und Verkörperer der Allgemein-Interessen.

Der französische US-Kenner Alexis de Tocqueville, dessen „De la Democratie en Amerique" (1835-40), die vierte Phase der modernen Theorie der Zivilgesellschaft repräsentiert, problematisiert die Gefahr eines „neuen Despotismus", die von einem zu mächtigen und allgegenwärtigen Staat ausgeht. Als Gegenmittel schlägt Tocqueville eine Demokratisierung und Föderalisierung der Verwaltung und eine Verstärkung der zivilgesellschaftlichen Vereinigungen vor, welche die Freiheit gegen den Staat und die Gleichheit gegen die neureichen Fabrikanten verteidigen. Unter solchen Zusammenschlüssen versteht Tocqueville am amerikanischen Beispiel und Vorbild kulturelle, wissenschaftliche und religiöse Zirkel, aber auch Schulen, Gemeinden und privatwirtschaftliche Einheiten wie Beizen und Fabriken, wobei er Fabrikherren und Proleten der gleichen „industriellen Klasse" zuordnete. Damit unterschätzt er jene zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, welche zugunsten der Demokratisierung und des sozialen Ausgleichs eine mächtige Rolle spielen werden: die Genossenschaften, Gewerkschaften, Arbeiterparteien und Fabrikräte. Während Hegels „bürgerliche Gesellschaft" ökonomisch bestimmt ist, dominiert bei Tocquevilles „Zivilgesellschaft" das Kulturelle und Moralische, die Zivilisierung.

Marx und Engels gingen aus vom hegelianischen Verständnis und konzentrierten sich damit auf die „Anatomie" der bürgerlichen Gesellschaft, die Arbeit und die Klassenbeziehungen. Auch wenn für sie die „Zivilgesellschaft" keine eigenständige Kraft gegenüber den atomisierenden Marktzwängen ist und sie deshalb deren positive – in Deutschland allerdings unterentwickelte – Errungenschaften (Freiheitsrechte, Pluralismus, Öffentlichkeit), unterschätzten, kommt ihnen, wie das die amerikanische Forscherin *Jean Cohen* betont, das Verdienst zu, die Gefahren kapitalistischer Rationalisierung für die Zivilgesellschaft allgemein und die demokrati-

sche Politik im besonderen aufgezeigt zu haben.

In einem Überblick-Artikel „Remembering the Dead. Civil Society and the State from Hobbes to Marx and Beyond" (DCS) geht *Keane* der Frage nach, warum Marx die Zivilgesellschaft und damit auch die Demokratie unterschätzt hat. Richtigerweise betrachtete Marx die modernen staatlich garantierten Gesellschaften als historische Erscheinungen und nicht als Ausdruck ewiger Naturgesetze. Allerdings verfalle er bei deren Analyse einer „ökonomistischen Einseitigkeit", indem er die nichtwirtschaftlichen Formen und Beziehungen im gesellschaftlichen Leben vernachlässige. So sei Marx „blind" gewesen gegenüber den gesellschaftlichen Vorbedingungen für die Entwicklung der bürgerlichen Produktionsweise. Ohne die Kommunen, Vereinigungen, Bünde und anderen Selbstverteidigungs-Organe der Markt-Städte und Bauerndörfer hätte es der Kapitalismus viel schwerer gehabt, sich im Feudalismus zu entfalten. Marx überschätzte auch die atomisierende Kraft des Marktes und unterschätzte die vereinigende Gegenmacht der demokratischen Rechte und der gesellschaftlichen Organe.

Keane würdigt Marxens und Engels' Verdienst, die hegelsche und liberale Idealisierung des bürgerlichen Staates als grossen Harmonisierer der Sonderinteressen widerlegt zu haben. Ihre Schwäche aber ist es, ihn einseitig aus der Ökonomie abgeleitet und so seine Eigengesetzlichkeit, auf griechisch „autonomia", nicht erfasst zu haben. Im Kommunistischen Manifest heisst es, der Staat sei „nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet". (1848, MEW 4, S. 464). Vierundzwanzig Jahre später definierte ihn Engels als „eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist" (MEW 19, S. 222). Bemerkenswert ist, dass sie in ihren konkreten Studien, beispielsweise über den französischen Bonapartismus, über Bismarck, über den Militarismus oder selbst über die USA, zu anderen Schlüssen kamen.

Wegen ihrem allzu verkürzten Staats-Verständnis hätten sie nicht bloss die komplexe Interaktion von Ökonomie und Politik, sondern auch die von Zivilgesellschaften und Staaten nur schwach erfasst. Ausgehend davon stellt Keane den kommunistischen „Mythos einer kollektiven Harmonie" und „das Absterben des Staates" in einer nachkapitalistischen Gesellschaft in Frage. Weil es nie einen Zusammenfall von Einzel- und Allgemein-Interessen geben wird, nicht einmal innerhalb der „universellen Arbeiterklasse", wird es immer politische Auseinandersetzungen und Machtgefüge geben. Die Gesellschaft muss sich deshalb gegen Machtmissbräuche schützen – einerseits durch Selbstorganisierung, andererseits durch staatlich garantierte Freiheitsrechte.

Was bleibt, ist das Ziel, möglichst viele staatliche Aufgaben in die Gesellschaft zurückzunehmen und den sozialistischen Fortschritt an dieser Entwicklung zu messen. Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci versuchten, das Marxsche Defizit zu beheben. Letzterem ist der zweite und bekannteste Beitrag in der Anthologie, der 1968 in Rom erschienene Artikel „Gramsci und das Konzept der Zivilgesellschaft" von *Norberto Bobbio* gewidmet. Gramsci konstruierte ein Drei-Ebenen-Modell von Gesellschaft: die Ökonomie, die Zivilgesellschaft und die politische Gesellschaft. Unter der zweiten versteht er alle nichtwirtschaftlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen wie Kirche, Gewerkschaften, Parteien, Presse, aber auch Volkskultur und Parlament. Unter der dritten verstand er wesentlich den Repressionsapparat. Die Zivilgesellschaft ist der Ort, auf dem in den entwickelten Ländern die Macht ruht, das Bollwerk der kapitalistischen Herrschaft. Weil deren Grundsatz Konsens und nicht Zwang ist, bleibt sie der verletzlichste Punkt, an dem anzusetzen ist. Damit wendet sich Gramsci gleichzeitig gegen syndikalistische Tendenzen, welche den Angelpunkt in der Pro-

duktion, und gegen putschistische, welche ihn beim Staat sehen. Bevor der Staat in einem „Bewegungskrieg" geschlagen werden kann, müsse in einem langdauernden „Stellungskrieg" die politische und kulturelle Hegemonie in der Zivilgesellschaft erobert werden. Bobbio überbetont die Unterschiede zwischen einem „idealisierten" Gramsci und einem „materialisierten" Marx. Beispielsweise unterschiebt er Gramsci, „das Primat des Überbaus über die Basis" zu vertreten und „im Überbau selbst den ideologischen Faktor über den institutionellen Faktor" zu stellen. Dabei wäre es bedeutsamer festzustellen, dass Gramsci diese fruchtlose Hierarchisierung zugunsten eines dynamischen Ganzheitsdenkens zu überwinden versuchte. Berechtigt ist die Frage, ob in Gramscis Konzeption von Zivilgesellschaft nicht allein die Absorption des Staates beinhaltet ist, sondern auch ihre Garantie durch den – letztlich unverzichtbaren – Rechtsstaat.

Von einem aktuellen und östlichen Standpunkt aus bezieht sich der in England lebende *Zbigniew Pelczynski* auf Gramsci. In seinem Beitrag „Solidarity and the ‚Rebirth of Civil Society' in Poland, 1976-81", (CSS) zeigt er, wie es im Hochstalinismus ein weitgehendes Zusammenfallen von politisch-ideologischer Hegemonie und Repression durch die Partei gegeben habe. Erst in den 60er Jahren hätten sich oppositionelle Ansätze innerhalb und ausserhalb des „herrschenden Blocks" entwickeln können. In Polen sei dies dank der Kleinbauernschaft, der Kirche und den Streikbewegungen seit 1970 am weitesten gegangen. In den 80er Jahren hätte die Bürokratie zwar noch die „Herrschaft", aber nicht mehr die „Hegemonie" innegehabt. Von einer „Wiedergeburt der Zivilgesellschaft" könne aber erst mit dem Entstehen von Solidarnosc, einer autonomen und massenhaften Selbstorganisierung gesprochen werden. Mit dieser – m. E. richtigen – Einschränkung von Zivilgesellschaft präzisiert Polzcynski den zu weit gefassten Begriff von Gramsci.

Die Lukács-Schülerin *Agnes Heller* („On formal Democracy") weist auf einen fundamentalen Widerspruch zwischen Demokratie und Kapitalismus hin: mit Brecht gesprochen gibt es solange „Unternommene", als es „Unternehmer" gibt. Sie wendet sich gegen eine Verstaatlichungs-Lösung, weil somit noch mehr „Unternommene" noch weniger „Unternehmern" gegenüberstehen oder – wie es Heller ausdrückt – „politische Macht zum einzigen Verfügungsorgan", der Zivilgesellschaft gleichsam der Boden unter den Füssen weggezogen wird. Gegen diese „negative Abschaffung des Privateigentums" zugunsten des Staates befürwortet die 1977 aus Ungarn exilierte Sozialwissenschaftlerin eine „positive Abschaffung" zugunsten der Zivilgesellschaft durch eine Verallgemeinerung des Eigentums, indem alle zu (genossenschaftlichen, gesellschaftlichen) UnternehmerInnen werden.

Die australische Feministin *Carole Pateman* („The fraternal social contract") weist darauf hin, dass nicht nur die Staaten, sondern auch die Zivilgesellschaften „männer-beherrscht" sind. Die Frauen werden auf die Gebärrolle und den Haushalt, auf das dem „Öffentlichen" unterlegene und untergeordnete „Private" verwiesen. Pateman verlangt eine Neukonzeption von Zivilgesellschaft, welche die „patriarchalische Trennung von privat und öffentlich" aufhebt; sie verlangt das Ende der traditionellen Rollenteilung und eine weitgehende Vergesellschaftung von Haushaltsarbeiten und Kinderbetreuung. Aber – und diese Frage klammert Pateman aus – bedarf das Individuum einer Autonomie von der Gesellschaft wie sie diese vom Staat fordert? Soziale Kontrolle kann mindestens so repressiv sein wie staatliche.

In einer ideologiekritischen Auseinandersetzung („Democracy, Ideology, Relativism") mit dem postmodernen, technokratischen Sachzwang-Denken betont Keane die Vitalität des autonomen Subjekts. Dabei polemisiert er gegen die Theorie vom „Ende der Ideologie" und bringt drei soziologische Gründe, welche das Marxsche Konzept

der Ideologiekritik aktuell halten: 1. Die Gesellschaft ist vor allem dank den Sozialbewegungen fähiger zu eigener Theoriebildung und resistenter gegenüber offiziellen Ideologien. 2. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung verlangt selbständige aktive Angestellte und Kunden und verbietet gleichzeitig echte Autonomie und Selbstinitiative, was zum Widerspruch und zum Denken herausfordert. 3. Die humanistisch-demokratischen Grundideen, zu denen die „liberalen" Herrschenden ein sehr zynisches Verhältnis haben, sind glaubwürdig und damit ein fruchtbarer Boden für die Kritik am Bestehenden und die Entwicklung von Alternativen geblieben.

Unter dem Titel „Work and the Civilizing Process" würdigt Keane Gorz' Verdienst, die ursozialistische Kritik an der Lohnarbeit aktualisiert, mit dem Dogma von der „Vollbeschäftigung" gebrochen, die Zivilgesellschaft mit der Frei-Zeit und der freiwilligen Tätigkeit und deren Organe bereichert und die Trennung von Zivilgesellschaft („mit selbstbestimmter Aktivität") und Staat („mit notwendiger Arbeit") vollzogen und damit die Abschaffung des letzteren als Gefahr für erstere verstanden zu haben. Keane kritisiert die Unterschätzung der Demokratie-Frage, was die zivilgesellschaftliche Selbstorganisierung, die Vertretung und Verteidigung gegenüber dem Staat und dessen Kontrolle betrifft. Damit zusammenhängend habe Gorz eine zu einfache Sicht der Organisation der Produktion und der Reproduktion, des Vernetzens all der Haushalte, individuellen und Kleinbetriebe, der Kooperativen und gesellschaftlichen Grossbetriebe und der Verbindung von Tausch, Markt und Plan. Eine weitere "Schwäche" sei die national beschränkte Sicht einer sozialistischen Alternative. Gorz überschätze die Dequalifizierung und Distanz der Arbeitenden zu ihren Arbeitsplätzen und unterschätze die Wichtigkeit einer aktiven Arbeitsplatz-Demokratie.

John Keane gehört zu jenen Linken, welche sich durch die „weniger-Staat"-Demagogie der Neokonservativen nicht ins Bockshorn jagen liessen: Er nahm die Herausforderung an und argumentiert für ein sozialistisches Projekt auf einer solidarischen und mündigen Zivilgesellschaft, welches nicht auf der Verstaatlichung von Wirtschaft und Bürokratisierung des Soziallebens baut. In seinem Beitrag „The Limits of State Action" erarbeitet er für eine sozialistische Zivilgesellschaft differenziertere Begriffe von Gleichheit und Freiheit, die mit an der griechischen „polis" orientierten homogenen Gesellschaftsvorstellungen brechen. Der erste setzt sich den Abbau von Privilegien zum Ziel. Der zweite geht davon aus, dass die Aufhebung der Trennung von Regierenden und Regierten eine Illusion ist und zwar, wie Hegel am Beispiel der Jakobiner gezeigt hat, eine gefährliche. „Das Geheimnis der Freiheit ist die Aufteilung der Entscheidungsgewalten in möglichst viele Institutionen" und die „Maximalisierung der Wahl-Möglichkeiten für die Citoyennes und Citoyens", damit sie gesellschaftlich und politisch Verantwortung übernehmen können, „sofern sie wollen".

John Keane und die MitautorInnen lassen viele Fragen offen: welches ist das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, Klassenkampf und Arbeiterbewegung? Inwieweit ist Habermas' Konzeption von Lebenswelt identisch mit Keane's Begriff von der Zivilgesellschaft? Wie weit sind Marktbeziehungen ein Teil der Zivilgesellschaft? Wie sieht eine zivilgesellschaftliche Strategie gegenüber den Banken und Multis aus? Wie sieht eine Autonomisierung der Gesellschaft in Hinsicht auf den Sozialstaat aus? Wie lässt sich die Wiederbelebung der Zivilgesellschaft, die Demokratie-Frage, verbinden mit einer europäischen Strategie? Was bedeutet die ganze Diskussion für die Dritte Welt? (Denken wir an den zivilgesellschaftlichen Aufbruch in Brasilien um die Arbeiterpartei (PT) herum.) Welche Rolle spielen Massenbewegungen und der zivile Ungehorsam? Ich bin bezüglich globalgültiger Begriffe ein gebranntes Kind. Was mit dem „Proletariat" geschah, soll mit der „Zivilgesell-

schaft" sich nicht wiederholen. Ich nehme mir zu Herzen, was Niklaus Meienberg über den französischen Journalisten und Historiker Jean Lacouture geschrieben hat: "Kategorien sind Wünschelruten: Man geht mit ihnen übers Feld, field research, und wenn da etwas begraben liegt, schlagen sie aus." Zwei Jahrhunderte nach der französischen Revolution und ein Jahr nach der osteuropäischen schlägt die zivilgesellschaftliche Wünschelrute ziemlich wild aus. Ich vermute, dass hier reiche Schätze begraben liegen.

Jo Lang

Literatur

Arato, A.: Civil Society. History and Socialism. In: Praxis International 9 1/2, 1989.

Cohen, J./Arato, A.: Politics and the Reconstruction of the Concept of Civil Society. In: Zwischenbetrachtungen. Im Prozess der Aufklärung. J. Habermas z. 60. Geburtstag. Hrsg. v. A. Honneth, Frankfurt 1989.

Cohen, J.: Class and Civil Society. The Limits of Marx's Critical Theory. Amherst 1979.

Gransow, V.: Zivilgesellschaft und demokratische Frage. Ein Literaturbericht. In: Das Argument 180/1990.

Rödel, U./Frankenberg, G./Dubiel, H.: Die demokratische Frage. Frankfurt 1989.

Samir Amin: L'eurocentrisme.

Critique d'une idéologie. Anthropos-Economica, Paris 1988 (160 S. Fr. 25.80)

Mit diesem Essay, der 1989 auch in Monthly Review Press, New York, erschienen ist, setzt Amin die Denklinie seiner Arbeiten fort (u.a. The Crisis of the Arab Society, Beirut, 1986; Dynamik der globalen Krise, Opladen, 1986). Verdienstvoll ist eine übersetzte Zusammenfassung von Amins *'Ansätze zu einer nichteurozentrischen Kulturtheorie'* in der Zeitschrift PROKLA (Nr. 75, Eurofieber, Berlin 1989).

Die ungleichmässige Entwicklung zwischen dem Zentrum der kapitalistischen Weltökonomie (USA, Japan, Europa) und den "Peripherien" wird nach dem Zusammenbruch des stalinistischen Sozialismus in Osteuropa sich drastisch zuspitzen; und "Europa" hat erneut eine Position der Stärke inne. Wie kommt es dazu? Amins Kritik des "Eurozentrismus" gibt darüber Aufschlüsse.

Der Eurozentrismus ist "kulturalistisch", insofern er als Ideologie kulturelle Invarianten annimmt, die für Völker geschichtsbestimmend sein sollen. "Universalistisch" andererseits kann er insofern bezeichnet werden, als er "das westliche Modell" globalisiert. Die Auswirkungen des Eurozentrismus in der Dritten Welt sieht Amin in Form von "Provinzialismus" und "Nativismus" fassbar: ein umgekehrter, von Drittwelt-Intellektuellen verinnerlichter Eurozentrismus. Ausführlich legt Amin vier Elemente des eurozentrischen "mythischen Konstrukts" frei, die sich als solche einer Ideologie der Weltgeschichte und eines expansionistischen politischen Projekts in folgendem manifestieren: 1. darin, das Griechenland der Antike von seiner orientalischen Region und Geschichte abzutrennen und "Europa" zuzuordnen. In der Antike gab es "Europa" als eine kulturelle Einheit nicht; Griechenland gehörte zum Orient. Die islamische Kultur ist eine hellenistische Kultur. 2. im Rassenbewusstsein; es existiert seit der Renaissance immer latent, tritt aber explizit in der wissenschaftlichen und philosophischen Ausdrucksweise auf. 3. darin, dass das Christentum willkürlich von "Europa" angeeignet und zum zentralsten Element in der ideologischen Artikulation von "europäischer

Identität" wird. Christentum als ein Teil des Orients und der Kultur des Mittelmeerraumes verschwindet spurlos. Und 4. konstruiert der Eurozentrismus ein deformiertes Bild vom "Vorderen und Ferneren Orient" auf der Grundlage rassistischer Vorstellungen und eines ahistorischen Verständnisses von Religion.

Diesem eurozentristischen Blickwinkel stellt Amin eine andere Entwicklungslinie gegenüber. Er kollidiert dabei mit den eurozentrischen Elementen in der marxistischen Theorie, die er im Kapitel II (La culture du capitalisme) einer radikalen Kritik unterzieht. Als Fortsetzung der Aufklärung und zugleich Bruch mit derselben demystifiziert der "Marxismus" den Ökonomismus der herrschenden Ideologie, bleibt aber in seiner Geschichtstheorie den evolutionistischen Schemata verhaftet. Eine wissenschaftliche universale Reflexion über sich selbst und das Andere hat nicht stattgefunden. Einen Zugang dazu erschliesst Amin im Kapitel I (Cultures tributaires centrales et périphériques). Im Unterschied zur kapitalistischen Produktionsweise, in deren Analyse das "Kapital" die Grundkategorie ist, untersucht Amin die Herausbildung der tributären Ideologie und Kultur im "euro-orientalischen Raum". Die tributäre Produktionsweise eines (auf Tributleistungen gegründeten) Gesellschaftssystems hat "Macht" als Zentrum und Ausgangspunkt ihrer Analyse zu machen.

Eine der Schlussfolgerungen aus Amins anregenden Überlegungen mündet in die konsequente Forderung, eine universalistische Wissenschaft der Geschichte zu entwickeln und zugleich das interpretative Potential des Historischen Materialismus nicht geringzuschätzen. Darin sieht Amin die Chance, eine anti-eurozentristische und antifundamentalistische Sichtweise gewinnen zu können, die davor bewahrt, dass fanatischer Provinzialismus um sich greift, die universell-freiheitlichen Elemente der "europäischen Kultur" unterdrückt werden oder gar die Kommunikation mit den nicht-europäischen Verbündeten in Europa zerstört wird.

Azmy Bishara

Bruni Höfer/Heinz Dieterich/Klaus Meyer (Hrsg.): Das Fünfhundertjährige Reich. Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 – 1992. Medico International und Althammer & Reese Verlagsges. mbH. Frankfurt/M / Berlin. 1990 (294 S., Fr. 19.80)

Heinz Dieterich (Hrsg.): Die Neuentdeckung Lateinamerikas. Essays. Gedichte. Interviews. Lamuv Göttingen 1990 (220 S., Fr. 29.80)

Dieter Rünzler: Machismo. Die Grenzen der Männlichkeit. Böhlau, Wien-Köln-Graz 1988 (195 S., Fr. 31.60)

Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO): Zukunft Europas – auf wessen Kosten? EG'92 und "Dritte Welt". Hamburg 1990 (95 S., Fr. 15.—: Bezug: BUKO Nernstweg 32-34. D-2000 Hamburg 50)

"Weil keiner Seinesgleichen ausplündern, unterjochen oder töten kann, ohne ein Verbrechen zu begehen, erheben die Kolonisatoren es zum Prinzip, dass der Kolonisierte kein Mensch ist." (Sartre)

Unter Führung Spaniens bereiten politische, kulturelle und kirchliche Kommissionen einen "Supermarkt" von Feierlichkeiten zur Entdeckung Amerikas vor, obwohl es angesichts der 90 Millionen Menschenleben, die die Invasion

gekostet hat – dem grössten Genozid aller Zeiten – gar nichts zu feiern gibt. So wie die Eroberung keine Entdeckung war, sondern die brutale Ausweitung des europäischen Macht- und Wirtschaftsbereiches, so werden die Feierlichkeiten 1992 keine "Begegnung" sein, sondern die Fortschreibung eurozentristischer Geschichtsinterpretationen.

Dagegen ist in Lateinamerika eine breite, kontinentale Gegenbewegung im Entstehen: "Wir bauen eine Kampagne auf, die mittels einer permanenten Bewusstwerdung über unsere Identität, unsere Geschichte, über die Rettung unserer kollektiven Erinnerung – die uns geraubt wurde – und für die Verteidigung unserer natürlichen Reichtümer, auf das Ziel der Einheit hinarbeiten." *(A. Tolosa)* Die indianischen und bäuerlichen Organisationen haben sich im Projekt "500 años de resistencia indigena y popular" (500 Jahre indianischer und Volkswiderstand) zusammengeschlossen, während sich die kritischen Intellektuellen im Projekt "Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 – 1992" zusammengefunden haben. Von ihm liegen inzwischen zwei Bücher vor, die der Erarbeitung einer Gegenöffentlichkeit in Europa dienen sollen.

Der erste Band "Das fünfhundertjährige Reich", versammelt Analysen zum Kolonialismus und dessen Weiterführung in der heutigen Interessensphären-Politik. Besonders aber geht er auf aktuelle Fragen der Befreiung Lateinamerikas und der dazu notwendigen politischen Arbeit hier in den Metropolen ein. Programmatisch gegen zeitgeistkonforme Verabschiedungen von internationalistischer Politik und Rückzügen auf eine Realpolitik des Machbaren steht einleitend der Beitrag von *Alfred Schmidt:* "Der Kolonialismus in der Sozialphilosophie und politischen Ethik J.-P. Sartres". Sartre als radikaler Denker und Kämpfer gegen den Neokolonialismus bestimmt das menschliche Subjekt zum Motor von Veränderung und Emanzipation von Geschichte, nicht objektive Bedingungen. Zwar muss das revolutionäre Subjekt die Wirklichkeit der Verhältnisse sehr genau miteinbeziehen, aber nur das Wissen um die noch nicht realisierten Ideale ermöglicht ihm, den gegebenen Zustand in seiner Unerträglichkeit zu erkennen; dann wohnt diesen Verhältnissen eine revolutionäre Sprengkraft inne. Im Anschluss an Fanon war für Sartre klar, dass sich die unterdrückten Massen der Kolonien als Subjekte in einer breiten Erhebung gegen die Neo-Kolonisatoren wenden würden. Die Unterdrückung war stärker. 500 Jahre (Neo-)Kolonialismus fordern heute uns alle als kolonisierte Subjekte heraus. Die Verhältnisse für die Menschen in der Dritten Welt sind angesichts von hunderttausenden von Hunger- und Kriegstoten, der zunehmenden Verarmung und Verschuldung längst unerträglich geworden.

Die Bedeutung des bewussten Subjektes wird im Aufsatz von *Miguel Bonasso:* "Im Kampf gegen das Fünfhundertjährige Reich: Montoneros, Unidad Popular und Sandinisten" auf erschreckende Art verdeutlicht. Die systematische Liquidierung der Frauen und Männer in Argentinien, Uruguay und Chile, die den Kampf um nationale Befreiung und gegen die Militärdiktaturen geführt hatten, hat heute zur Folge, dass eine ganze Generation von politisch bewussten Leuten fehlt, die die Fähigkeiten hätten, der neokolonialen Politik in ihren Ländern entgegen zu arbeiten.

Heinz Dieterichs "Ironie der Weltgeschichte: Strukturparallelen zwischen Nazi-Lebensraum und Erster/ Dritter Welt heute" analysiert, ausgehend von der grossen Depression der 30er Jahre, die in den Metropolen nur durch keynesianischen Staatsinterventionismus überwunden werden konnte, die Grossraumkonzeptionen des deutschen Nationalsozialismus, des imperialen Japans und der USA und stellt eine enorme Übereinstimmung dieser Konzeptionen fest: Abgrenzung geographischer Hegemonialzonen und Entmenschlichung der unterdrückten Völker bis hin zur systematischen Aus-

rottung. Die erschreckenden Vergleiche des Nazi-Lebensraum-Diskurses mit Ausführungen zum Grand-Area-Konzept der USA verdeutlichen die für Millionen von Menschen in der Dritten Welt mörderische Systemlogik, weshalb – nach Dieterich – heute vom "Vierten Reich" gesprochen werden muss. Dieses sichert den Metropolen weiterhin ihre Rohstoff- und Absatzmärkte und garantiert die Befriedung ihrer internen Klassenwidersprüche – Hegels innere Logik der bürgerlichen Gesellschaft. Von dieser weltweiten Ausdehnung der Ausbeutungsstrukturen profitieren somit viele Lohnabhängige der Ersten Welt, die Mittäterschaft stellt die internationale Solidarität ernsthaft in Frage. Die weit verbreitete Ohnmacht gegenüber offizieller Flüchtlingspolitik, die Arbeitssuchende aus Dritt-Welt-Ländern mittels Abschottung der Grenzen fernhalten will, bestätigt diese Feststellung (vgl. dazu BUKO: "Europa grenzenlos – unbegrenzt asylfeindlich". S.70f.).

In diesem Zusammenhang bedarf auch die bisherige Solidaritätsarbeit einer Neuformulierung, wie *Gabi Gottwald* in ihrem (selbst)kritischen Artikel "Solidaritätsarbeit mit Zentralamerika: Konsequenzen für die politische Arbeit hier" feststellt. Ausgehend von einer anti-imperialistischen Gemeinsamkeit sind die politischen Aktionsfelder hier neu zu bestimmen. Die "Gleichwertigkeit aller Menschen" gilt dabei als selbstverständliche Voraussetzung; nur liegt die Schwierigkeit darin, diese Gleichwertigkeit nicht nur verbal zu äussern, sondern sie auch zu "denken und fühlen". Sie spricht damit einerseits den internen Umgang in der Solidaritätsbewegung an, in der die nur "verbale" Gleichwertigkeit ein Verharren auf ideologischen Positionen befördert und das Entstehen einer konstruktiven Streitkultur verhindert hat. Andererseits nimmt sie die Herrschafts-Diskurs-Problematik auf, selbst die engagierteste und kritischste Solidaritätsbewegung ist nicht gegen die seit 500 Jahren wirkenden Sprachregelungen der Herrschenden und deren Festsetzen in Denkstrukturen, die Medienmacht des "common sense" gefeit; eine kritische Analyse ihrer entwürdigenden, entmenschlichenden, paternalistischen, vor allem aber idealisierenden Inhalte ist für die Solidaritätsarbeit vordringlich. Hierauf macht auch *Ulli Merker* "Schaltjahr 1992" in der BUKO-Broschüre aufmerksam. Indem *Hans Brandscheidt* den Exotismus als "Verdrängung der Ausbeutungsrealität der eigenen Wirtschafts- und Lebensformen" definiert, knüpft er in seinem Beitrag "500 Jahre Verleugnung & die Wiederkehr des Verdrängten" an diesen Diskussionsstrang an. Die Täter werden so plötzlich zu Opfern, etwa dann, wenn die Menschen in Brasilien dafür verantwortlich gemacht werden, gefälligst dafür zu sorgen, dass der Amazonas als *unsere* grüne Lunge nicht vor die Hunde geht: ökologischer Kolonialismus als Verschleierung der 1. Welt-Verschleissrealität natürlicher Ressourcen. Soll eine ökologisch und folkloristisch intakte Dritte Welt die "Unerträglichkeit des Reichtums" für die Menschen der Metropolen erträglich machen?

Wichtig wäre eine Auseinandersetzung mit der bisherigen privaten und staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, die in keiner Weise zur Verringerung des Entwicklungsgefälles geführt hat, im Gegenteil. Die Verschuldung hat zu einem zunehmenden Netto-Kapitalabfluss aus den Entwicklungsländern geführt. Obwohl gerade die Entwicklungszusammenarbeit mit ihrem Anspruch einer an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierten Hilfe und gleichberechtigten Kooperation einen bedeutenden Platz im Herrschaftsdiskurs einnimmt, fehlt dazu eine ausführliche Auseinandersetzung. Einzig in der BUKO-Broschüre "EG-Entwicklungspolitik: Modellcharakter oder Neokolonialismus" (S. 56f) findet sich ein Aufsatz, der vor allem die bisherige Nahrungsmittelhilfe und die Lomé Abkommen hinterfragt. Es ist klar, dass eine tatsächliche Verbesserung der Lage der Menschen in der Dritten Welt eine reale Umverteilung der Güter voraus-

setzt. Es steht auch ausser Zweifel, dass beim heutigen Produktivitätsstand die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt werden könnten, allerdings auf niedrigerem Konsumtionsniveau als dem von Europa oder den USA. Derzeit lässt sich eine tatsächliche Güterumverteilung zugunsten der Dritten Welt (abgesehen von verschleiernden und das 'schlechte' Gewissen beruhigenden Aktionen wie der CH-91-Schuldenstreichung) politisch nicht durchsetzen. Die brutale Gewalt der Profitlogik wird weiterhin ihre Opfer in der Dritten Welt fordern.

Die Frage, wie einige hundert spanische Eindringlinge die (auch militärisch) hoch entwickelten Staaten der Azteken und Mayas erobern konnten, wurde oft gestellt und beantwortet. *Jan Philipp Reemtsma* "Córtez et al." geht auf die ideologischen Hintergründe ein. In konsequenter Weiterführung der innenpolitischen Reconquista in Spanien wurde Amerika brutal erobert, die bestehenden Kulturen systematisch zerstört und die Mestizierung eingeleitet. Der machiavellistischen Durchtriebenheit und Konsequenz der Machtaneignung hatten die indianischen Völker nichts entgegenzusetzen.

Gleichwohl – darauf weist *Alba Guzmán* in "Die Rolle der 'Indigena'-Frauen in der Befreiung Lateinamerikas" hin – leben auch heute noch 30 Mio. Menschen in Lateinamerika, die als Abkommen der vorspanischen Kulturen innerhalb der jeweils nationalen Gesellschaften einer zusätzlichen Unterordnung und Ausbeutung unterworfen sind. Besonders betroffen sind die Frauen, die ihrer ursprünglichen Rolle in der Subsistenzwirtschaft beraubt, sich neu auch den Männern unterordnen müssen, denen die staatlich-kapitalistische Gesellschaftsstruktur gewisse Statusfunktionen (Handel, Lohnarbeit) bereithält.

An dieser Stelle ist auf das Buch von *Dieter Rünzler* hinzuweisen. Differenziert und kenntnisreich analysiert er ausgehend vom Spanien der Reconquista den "machismo" in Mexiko. Er versteht den Männlichkeitswahn als kulturelles Stereotyp, das der individuellen Abgrenzung gegen alles "Weibliche" dient: der "machismo" ist eng mit Rassismus verknüpft, gegenüber Frauen, aber auch gegenüber als minderwertig eingestuften Männern (bspw. Indígenas). "Machismo" und Demokratie schliessen sich gegenseitig aus; die Macht des Caudillo (Führer) beruht auf seinen (individuellen, männlichen) Heldentaten, seinem parteiischen Handeln: er ist die Verkörperung der Macht, die sich keiner Kontrolle zu unterwerfen glaubt.

Alba Guzmán ist beizupflichten, wenn sie feststellt, dass der Befreiungsprozess der Frau nicht vom nationalen Befreiungsprozess getrennt werden kann. Allerdings wäre dem beizufügen, dass der nationale Befreiungsprozess ohne Geschlechter-Befreiungsprozess nur ein halber Befreiungsprozess sein kann. Nur eine radikale Infragestellung der gesellschaftlichen Bedeutung und Aufteilung der Produktions- und Reproduktionsarbeit kann zu mehr Freiheit für alle führen.

Die Folgelasten der EG 92 verdeutlichen dies. Es sind in erster Linie die Frauen, die die Zeche zu bezahlen haben (vgl. BUKO "Die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Lage von Frauen" (S. 42f): Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit. Lohndruck, Frauenarmut, fehlende Qualifizierungsmöglichkeiten, Einschränkungen der Freizügigkeit).

"Die Neuentdeckung Amerikas" – soeben erschienen – ist der zweite Band von 'Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 – 1992' und versammelt Aufsätze, Essays, Interviews und Gedichte, die im Rahmen eines gleichnamigen unabhängigen internationalen Wettbewerbs von lateinamerikanischen Intellektuellen verfasst wurden, darunter *Mario Benedetti, Miguel Bonasso, Alejo Carpentier, Elena Poniatowska, Augusto Roa Bastos* u.a.

Das *Zentralamerika-Sekretariat* gibt regelmässig den "Rundbrief 1492 – 1992" heraus, der über Veranstaltungen und Aktionen in der Schweiz informiert (Bestellungen an: ZA-Sekretari-

at, Baslerstr. 106, 8048 Zürich).

"In diesem Zusammenhang liegt eine der grossen Aufgaben der Solidaritätsbewegung für 1992. Es gilt den offiziellen Herrschaftsdiskurs des Westens zu zerbrechen, der (...) die Realität von fünfhundert Jahren Kolonialismus und Neokolonialismus für die überwiegende Mehrzahl der Menschen in der 1. Welt verschleiert und, folglich, stabilisiert." (H.Dieterich)

Urs Sekinger

Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt – Euro-Patriarchat oder Aufbruch der Frauen? Bremen, 2. Aufl. 1990, Hochschule Bremen/Frauenforschung, Neustadtwall 30 (220 S., DM 16.—)

Die Antwort auf die Frage im Titel gibt *Schunter-Kleemann* gleich selber mit einer weiteren Titelfrage im Aufsatz "Familienpolitik in der EG – Welche Variante patriarchalischer Politik setzt sich durch?". In zehn Aufsätzen liefern die fünf Autorinnen eine längst fällige Bestandesaufnahme des Europapatriarchats, indem sie mit Zahlen belegen, was wir bereits wussten: Dass in allen Mitgliedstaaten der EG die Frauenlöhne unter den Männerlöhnen liegen; dass die beruflichen Aufstiegschancen der Frauen gering, ihre Arbeitslosenquoten hoch und Krippenplätze knapp sind, und dass der Strukturwandel in allen Sektoren hauptsächlich Frauen trifft. Was die Autorinnen bewegt, sind diese Tatsachen, und was sie wissen wollen ist: Bleibt es so? respektive bleibt das "Gemeinsame Haus Europa ein Herrenhaus"?

Es bleibt. Nach akribischer Durchforstung aller Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen (Verbindlichkeit in dieser Reihenfolge abnehmend) auf EG-Ebene, nach Sichtung der kurz-, mittel und langfristigen Brüsseler "Aktionsprogramme zur Gleichbehandlung von Frauen" kommt Schunter-Kleemann zur Einschätzung: "Die Normsetzungspolitik der EG zur Gleichbehandlung von Mann und Frau hat mit Sicherheit in erheblichem Masse zur Bewusstseinsbildung in aufgeklärter Öffentlichkeit und in Teilen der Frauenbewegung beigetragen. Dennoch ist sie über den Ansatz einer symbolischen Politik bisher nicht hinausgekommen."

In Anbetracht der neoliberalen Höhenflüge der EG-Strateginnen und Strategen bedeutet solche "Bewusstseinsbildung" in der Praxis: Der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert, Sonderschutzbestimmungen werden aufgehoben, das Rentenalter (nach oben) angepasst und Risiken (z.B. Mutterschaft) privatisiert nach dem Motto: Freie Bahn der Tüchtigen, der Wettbewerb wird's schon richten.

Dass diese ökonomistische Sicht der Dinge den strukturellen Charakter der Frauendiskriminierung ausblendet, kritisieren die Autorinnen zu Recht heftig. Und doch unterlassen sie es, den Wettbewerb um gesicherte Arbeitsplätze und Kaderpositionen im durchrationalisierten und -monopolisierten Binnenmarkt grundsätzlich in Frage zu stellen, nämlich als eine der Säulen patriarchalischer Produktionsbedingungen. Sie fordern einmal mehr bessere Startbedingungen mittels sozialstaatlicher Massnahmen, gleiche Marktchancen statt Behandlung als "Bürger zweiter Klasse".

Hier beisst sich die Katze leider in den Schwanz: Von Staates wegen verordnete Sonderregelungen für Frauen bedeuten für Unternehmungen, die Frauen in vertraglichen Arbeitsverhältnissen beschäftigen, Wettbewerbsnachteile". *Berith Jordan* und *Margitta Matthies* weisen zwar in den Aufsätzen zum Textil- und Nahrungsmittelsektor auf die Ausweichmanöver der Wirtschaft hin. Vor allem Jordans Analyse der Textilindustrie macht deutlich, wie Un-

ternehmungen aus weiblicher Arbeitskraft weiterhin Kapital schlagen werden. Erst recht im Binnenmarkt: Zum Beispiel kann "Lohnveredelung", die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer, dann problemlos innerhalb der EG stattfinden. Leider wird aber der Widerspruch zwischen den gutgemeinten Bemühungen um Elternurlaub, Kinderkrippen und Alterssicherung und einer knallhart auf Wettbewerb programmierten Euromarkt-Strategie nicht thematisiert.

Das Buch ist ein hervorragendes Nachschlagewerk für alle, die sich über den Stand der Diskussion um die Gleichstellungs-Gesetzgebung in den EG-Staaten informieren wollen. Auf EG-Ebene zu erwarten ist höchstens der kleinste gemeinsame Nenner aller Einzelstaaten, spricht: "Sozialdumping". Bestrebungen, Staaten mit allzu fortschrittlichen Sozialleistungen wieder in marktwirtschaftlich vertretbare Schranken zu weisen, sind bereits im Gang.

Damit erübrigt sich auch die Frage nach der Weiterexistenz des Patriarchats. Die Frage kann nur noch lauten, ob es den Frauen im EuroPatriarchat besser oder schlechter gehen wird.

Anna Sax

Renée Roux et al.: Im Windschatten der Apartheid.
Schweizer Firmen und schwarze Arbeiterschaft in Südafrika. Limmat Verlag, Zürich 1990 (188 S., Fr. 26.—)

Weil die Anti-Apartheid-Bewegung die ökonomische Rolle der Schweizer Banken für den Apartheidstaat mit Recht für zentral hielt und demzufolge die Kampagne für Sanktionen auf diesen Bereich konzentrierte, blieben die Aktivitäten der Schweizer Unternehmen weitgehend unbeachtet. Entsprechend sporadisch und koordiniert sind denn auch die Kontakte zu den südafrikanischen Gewerkschaften geblieben. Nun schwächen zwar Sanktionen den Apartheidstaat, sie stärken aber noch nicht automatisch den Widerstand. Das zweite Gleis einer linken Anti-Apartheid-Arbeit wäre deshalb der Aufbau wirkungsvoller Beziehungen zur südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung und insbesondere zu den in den Schweizer Betrieben aktiven Einzelgewerkschaften. Um dafür das *Grundlagenmaterial* zu liefern, versuchten wir *(Markus Mugglin, Renée Roux, Ginevra Signer, Linda Stibler, Lukas Vogel, Barbara Weyermann)* auf Anregung des Solifonds die Niederlassungen der Schweizer Unternehmen ökonomisch und politisch zu situieren: Welche Rolle spielen sie für die Apartheid-Wirtschaft? Welche Arbeitsbedingungen bieten sie ihren Beschäftigten? Welche Haltung nehmen sie gegenüber den Gewerkschaften ein?

Die Hautuntersuchung vor Ort leistete die südafrikanische Soziologin *Renée Roux.* Da sie selber während acht Jahren in der Nahrungsmittelindustrie gewerkschaftliche Aufbauarbeit geleistet hatte, kannte sie die Verhältnisse in den Fabriken und genoss das Vertrauen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie führte in sieben der elf wichtigsten Produktionsbetrieben ausführliche Interviews mit shop stewards (Vertrauensleuten) und analysierte deren übergeordnete Gewerkschaftsstrukturen. Nach Abschluss ihrer Recherchen Mitte 1989 war sie überzeugt, dass die Schweizer Firmen ideales Ziel einer Desinvestment-Kampagne wären: Vom Rückzug ihrer Niederlassungen würden vergleichsweise wenige ArbeiterInnen direkt betroffen, denn sie beschäftigen mit rund 17'000 Personen nur 0,16 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung. Gleichzeitig besetzen sie aber führende Positionen in der *Apartheid-Ökonomie.* So gehören etwa Anglo-Alpha (Holderbank) und Everite (Eternit AG) zu den grössten Bau-

stoffproduzenten des Landes, Schindler ist zweitgrösste Firma in der Liftindustrie, beherrscht Luwa South Africa (Luwa AG) 90 Prozent des Klima- und Lüftungstechnik-Marktes für die recht grosse Textilindustrie oder ist Ciba-Geigy Nummer zwei im Agrobereich und – gemäss Beobachtungen der Beschäftigten – bedeutender Pharmazeutika-Liefant für die südafrikanische Armee.

Auch die Rechtfertigungen der Unternehmer für ihre Präsenz am Kap können mit Renée Roux' Studie allesamt widerlegt werden: Die Schweizer Firmen gehören nicht – wie sie gerne behaupten – zur Avantgarde der Arbeitgeber und haben auch die Apartheid in ihren Fabriken noch längst nicht abgeschafft. In allen untersuchten Betrieben ist die rassistische Arbeitsteilung weitgehend intakt. Wo schwarze ArbeiterInnen befördert wurden, geschah es fast ausschliesslich gemäss einer vom Staat verordneten "Rassenhierarchie", die "AsiatInnen" und "Farbige" über die AfrikanerInnen stellt. Die Löhne liegen ausser bei Ciba-Geigy und einer Nestlé-Fabrik selbst unter der moderaten Vorgabe des EG-Kodexes. Alle Unternehmensleitungen versuchten zu verhindern, dass sich ihre Beschäftigten in fortschrittlichen Gewerkschaften organisierten. Obwohl sich diese Einstellung in einigen Betrieben inzwischen geändert hat, intervenierte bisher kein einziges Management bei Konflikten zwischen den Gewerkschaften und dem Staat öffentlich zugunsten der ArbeiterInnen, wie das bei andern ausländischen Konzernen schon mal vorkommt.

Trotzdem wird in diesem Buch nun aber nicht einfach der Rückzug der Schweizer Direktinvestitionen propagiert. Die südafrikanischen Gewerkschaften haben selber die Desinvestment-Forderung nie leichtfertig erhoben und sie letzthin in einigen Fällen mit strengen Auflagen zum Schutz der betroffenen ArbeiterInnen verbunden. Dem Entscheid für eine allfällige Desinvestment-Kampagne gegen einen bestimmten Betrieb müssten deshalb sorgfältige Konsultationen mit der dort aktiven Gewerkschaft vorausgehen. Dies gilt umso mehr, seit sich die Auseinandersetzung um eine neue gesellschaftspolitische Ordnung in Südafrika an den Verhandlungstisch verlagert hat und der Übergang zur Post-Apartheid-Gesellschaft eingeleitet scheint. Durch diese Wendung hat allerdings die Studie von Renée Roux, die nun, ergänzt durch Reportagen von *Linda Stibler,* einer Liste der Schweizer Direktinvestitionen und einer Übersicht über die südafrikanische Gewerkschaftsbewegung in Buchform vorliegt, ihre Aktualität nicht verloren. "Für mich hat sich seit Verhandlungsbeginn nichts verbessert, im Gegenteil", erklärte etwa der Ciba-Geigy-Arbeiter Joe Mahlangu. "In der Fabrik ist alles beim alten, und zu Hause in den Townships haben wir jetzt auch noch Krieg."

Auf die Forderung, dass sich das angeblich von allen befürwortete "Neue Südafrika" auch im Betrieb auswirken müsse, reagierte Ciba-Geigy im letzten Sommer während dem zwölfwöchigen Streik um eine neue Pensionskassenregelung mit ungewöhnlich sturer Ablehnung. Den Beitritt zu dem von der Chemiegewerkschaft CWIU initiierten nationalen und – im Gegensatz zur firmeneigenen Pensionskasse – paritätisch verwalteten Vorsorgefonds lehnte sie kategorisch an. Dabei ging es der Firmenleitung vorerst einmal um die alleinige Kontrolle über die Zwangsersparnisse der ArbeiterInnen. Gleichzeitig wollte sie aber auch unmissverständlich klarstellen, dass Gewerkschaftsprojekte bei ihr keine Chance haben.

Ciba-Geigy gilt sonst als umgängliche Vertragspartnerin. Ihre Herr-im-Haus-Demonstration zum jetzigen Zeitpunkt ist deshalb in den gesamtpolitischen Kontext zu stellen: Der Apartheidstaat setzt momentan alles daran, die Opposition zu schwächen. Gezielte Angriffe laufen dabei gerade gegen die Gewerkschaften, die als bestorganisierte der Anti-Apartheid-Basis in vielen Forderungen kompromissloser auftreten als die ANC-Führung am Verhandlungs-

tisch. Vor diesem Hintergrund kommt der Niederlage nach einem langen Arbeitskampf besondere Bedeutung zu. Und das weiss Ciba-Geigy offenbar besser als die Solidaritätsbewegung in der Schweiz, welche den Rückschlag für die CWIU wahrscheinlich hätte verhindern können: Die Streikenden waren überzeugt, dass sie kurz vor dem Durchbruch standen, als ihnen das Geld ausging.

Barbara Weyermann

Pierre Centlivres (Hrsg): Devenir Suisse. Adhésion et diversité culturelle des ètrangers en Suisse. Georg Editeur, Genf 1990 (278 S. Fr. 39.-)

Dieses Buch ist aus verschiedenen Gründen für alle Schweizer Leser von Interesse:

Es ist das Ergebnis der einzigen Studie aus dem Nationalen Forschungsprogramm "Kulturelle Vielfalt und Nationale Identität", welche den Begriff der kulturellen Vielfalt der Schweiz auf eine nichttraditionelle Weise interpretiert – als eine Entscheidung von Individuen, nicht als Problem der Staatsverwaltung. Es stellt überdies gleichzeitig einen Neubeginn der Migrationsforschung in der Schweiz dar, indem es die Einwanderer nicht als Quelle von Problemen versteht und den "Verelendungsdiskurs" des Grossteils der einschlägigen Literatur vermeidet. Es ist schliesslich das vielversprechende Resultat einer interdisziplinären Herangehensweise an Fragen der Migration, weil es bedeutende Beiträge aus vielen Fachbereichen vereint: aus der Politischen Philosophie, aus der Geschichte, aus der Soziologie, Anthropologie und Linguistik.

Besonders interessant ist der Essai von *Dominique Schnapper* ("La troisième conception de la nation"), der auf einigen Seiten eine sehr reichhaltige und aktuelle französische Debatte der letzten vier bis fünf Jahre über den Sinn der Einbürgerungspolitik zusammenfasst. Schnapper stellt diese Frage in einen europäischen Zusammenhang, indem sie die Hauptlinien der politischen Philosophien herausarbeitet, die den Einbürgerungspraktiken mehrerer Staaten zugrunde liegen: Gemäss einer nützlichen Typologie bilden Frankreich und Deutschland entgegengesetzte Pole in der Frage des Verhältnisses der "Individuen" zur "Nation" und – dadurch vermittelt – zum Staat. Frankreich, das einen voluntaristischen Begriff der Nation pflegt, thematisiert die gegenseitige Durchdringung von Staat und Nation; Deutschland, das ethnische Kriterien und eine "organische" und "natürliche" Konzeption der Nation hervorstreicht, trennt zwischen politischer Ordnung auf der einen und nationaler und kultureller Ordnung auf der anderen Seite. Da sich diese Konzeptionen als ungeeignet erweisen, um die aktuelle Realität des Verhältnisses "Individuum – Nation" zu interpretieren, schlägt die Autorin, gestützt auf die Arbeiten der französischen Einbürgerungskommission, an denen sie teilgenommen hat, einen anderen Begriff vor, welcher die Instrumentalität der sozialen Bindung anspricht; sie gründet die "moderne", weltliche Beziehung zwischen Individuen und demokratischem Staat gleichzeitig auf die Anerkennung von Leistung und die Pflicht zur Solidarität.

Dieser kurze Essay ist zum einen für die deutschsprachige Leserschaft wertvoll; es kann so die französische Debatte zur Kenntnis genommen werden. Zum anderen ist er aber auch deshalb wertvoll, weil er auf einen neuen Begriff der Nation verweist – ein Thema, das historisch und emotionell so stark belastet ist, dass das Verständnis der heutigen Realität darunter leidet.

Der Artikel von *Gérald Arlettaz* und *Silvia Burkart* ("Naturalisation, 'assimilation' et nationalité suisse: l'enjeu des années 1900 –1930") übersetzt die von Schnapper skizzierte europäische Diskussion in den schweizerischen

Kontext. Auf knappem Raum zeigt er das Kräfteverhältnis zwischen liberalen Republikanern, nationalistischen Konservativen und kantonal orientierten Konservativen, welches die schweizerische Politik gegenüber der ersten Einwanderungswelle zu Beginn dieses Jahrhunderts bestimmt hat: Via Einbürgerung "aus Ausländern Schweizer machen" – dies galt als einzig richtige Lösung der Ausländerfrage im Jahre 1911.

Die Untersuchung des Einbürgerungsverfahrens ermöglicht es, über die Allgemeinheit ideologischer Begriffsbildungen hinauszugehen. *Pierre Centlivres* und *Nadja Maillard* ("Devenir Suisse n'a pas de prix: échange et argent dans le processus de naturalisation") behandeln in subtiler Diskursanalyse eine von breiten Kreisen tabuisierte Frage, nämlich die der Nutzenerwägungen der beiden Partner im Einbürgerungsverfahren, Individuum und Einwanderungsland. Dieses Tabu ist in einer modernen Gesellschaft, die gemäss eigenem Verständnis nach Vernunftprinzipien organisiert ist, besonders paradox. Die Analyse der Einbürgerungsgebühr zeigt, dass sie als materielle Abgabe für ein immaterielles Gut erscheint. Während einige Autoren die Gebühr als Opfer, Gabe oder Entschädigung verstehen, "vermeiden/unterschlagen andere die wörtliche Bedeutung von Geld und den buchhalterischen Aspekt der Einbürgerung zugunsten eines Abwägens gegenseitiger Vorteile und einer Idealisierung des Handelsvertrags."

In der Überlagerung dieser Logiken liegt der Schlüssel zur Interpretation der Fallstudie von *Cecilia Oesch-Serra* ("Italiens vendus et Suisses à quat'sous: théorie et pratique de l'intégration selon une famille de migrants napolitains à Neuchâtel"). Sie zeigt, dass sowohl allfällige Nützlichkeitserwägungen wie auch kulturelle Mischformen der neuen Schweizerbürgerinnen und -bürger sozial ausgegrenzt werden.

Diese Studien dokumentieren, wie der Begriff der Nation als Legitimationsquelle politischer Macht durch das soziale Handeln der Menschen allmählich in Frage gestellt wird, und sie skizzieren die Umrisse einer "weltlichen" Beziehung zwischen Individuen/Gruppen und dem Staat, in der die Tauschbedingungen teilweise zum Verhandlungsgegenstand zwischen den Akteuren gemacht werden.

Die heutigen Leser sind sich nicht immer bewusst, in welchem Mass der eidgenössische Gesetzgeber in den achtziger Jahren in seinen Überlegungen zur Einbürgerung von der ersten Diskussion dieser Frage vor 50 Jahren geprägt war. *Marc Perrenoud* ("Problèmes d'intégration et de naturalisation des juifs dans le canton de Neuchâtel, 1871-1955") liefert uns eine lebendige historische Fallstudie über die Beziehungen der in den Kanton Neuenburg eingewanderten Elsässer Juden zu ihrer neuen Heimat. Diese Beziehungen werden unter verschiedenen Gesichtspunkten wie Gemeinschaftssinn, wirtschaftlicher Beitrag und politische Verknüpfungen analysiert. Der Autor betont die historisch unterschiedliche, jedoch zunehmend restriktive Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen, obschon in diesen bereits 1874 jegliche formelle Diskriminierung von Juden aufgehoben worden war.

Zwei Beiträge aus der Forschungsgruppe von Centlivres bildeten den Anlass für diese Textsammlung. Die Analyse des Einbürgerungsverfahrens als Übergangsritus, die *Micheline Centlivres-Demont* und *Laurence Ossipow* verfasst haben ("La naturalisation comme rite de passage"), identifiziert ein Modell des Übergangsritus, das im Gegensatz steht zu jenem von A. Van Gennep, in dem sich zwei Phasen folgen (von der Trennung zur Marginalisierung und von der Marginalisierung zur Aufnahme). Im Prozess der Einbürgerung sei der Übergangsritus vielmehr "zirkulär; die Aufnahme steht zwar am Anfang, aber sie wird durch den endgültigen Bruch (den Verzicht auf die ursprüngliche Nationalität, R.F.) legalisiert, verstärkt und sanktioniert". Diese Umkehrung scheint der Grund für das Unbehagen zu sein, das zahlreiche

Eingebürgerte angesichts des Verfahrens empfinden und das von *Michal Arend* dokumentiert und statistisch erhärtet wird ("La naturalisation vue par les naturalisés: résultats d'une enquête en Suisse alémanique auprès d'immigrés de la première génération").

Rosita Fibbi
(übersetzt von Peter Farago)

Isaac Deutscher: Der nichtjüdische Jude. Essays. Vollständige Neuausgabe. Mit einem Beitrag v. Tamara Deutscher und einer Einl. v. Detlev Claussen. Rotbuch Berlin 1988 (192 S., Fr. 28.10)

"Je grösser die Not in Osteuropa, desto wilder die Jagd nach materiellen Gütern, desto verzweifelter und rücksichtsloser die Entschlossenheit dieser grausamen 'Mittelklasse', sich an diesem Besitz festzukrallen. Zu neun Zehnteln wird ihr Handeln von Besitzgier diktiert, das restliche Zehntel macht ein zoologischer Antisemitismus ..." (S.33). Diese und viele andere prophetisch anmutenden Zeitdiagnosen in der Nachkriegszeit sind Erkenntnisse einer analytischen Fähigkeit, die nach dem Instrumentarium dieses Denkens und nach der Geschichte seiner Person fragen lässt. Solche Neugierde wird bei *Isaac Deutscher* (1907 – 1967), dessen Essayband *'Der nichtjüdische Jude'* 1967 erstmals posthum erschienen ist und 1988 neu herausgegeben wurde, nicht enttäuscht.

Deutscher, besser bekannt als Autor einer dreibändigen Trotzki- und einer Stalin-Biographie, war als Publizist und Historiker engagiertes Mitglied der polnischen KP, erlitt während des Stalinismus den Ausschluss, emigrierte nach England und verstand sich als einen "nichtjüdischen Juden" – für ihn ein Ausdruck der programmatischen Paradoxie, die über das Biographisch-Private hinausreicht. In einer ausgezeichneten Einleitung stellt der linke Antisemitismusforscher und Philosoph *Detlev Claussen* die Figur des 'nichtjüdischen Juden' in den historischen Kontext von Spinoza, Heine, Marx, Luxemburg, Trotzki, Einstein und Freud. Eine spezifische Dynamik zwischen stark prägender Herkunft und dem Versuch, sich von der jüdischen Tradition zu emanzipieren, nährt lebenslang "das ambivalente Verhältnis" (S. 15); oder wie Claussen festhält: "Auch der Emanzipierte wird noch von der Ordnung bestimmt, von der er sich emanzipiert." Ein unversöhnlicher Gegensatz von Partikularität, "national oder religiös beschränkte Ideen", und Universalität, die "universelle Weltanschauung" (S. 63), kennzeichnet den Prozess des sich säkularisierenden Juden, "... die Abstraktion von Emotionen. Allein der analytisch-kritische Verstand soll gesellschaftliche Situationen beurteilen. Diese intellektuelle Haltung verlangt Distanz, Abstand und zieht auch den Hass der Kollektive an" (S. 13).

Ebenso Deutschers Essays über 'Israels geistiges Klima' (1954) und den 'Israelisch-arabischen Krieg vom Juni 1967' sind von unschätzbarem Wert zum historischen Verständnis des gegenwärtig explosiven arabisch-jüdischen Konflikts. "Da Israel sich jetzt unter die Nationalstaaten eingereiht hat, kann es ihr Schicksal des Niedergangs nur teilen ... Solange eine nationalistische Lösung des Problems verfolgt wird, sind Juden wie Araber dazu verdammt, sich in einem Teufelskreis von Hass und Rache zu bewegen" (S. 57). Oder wenn Deutscher schreibt, dass der "Sieg" im Sechstagekrieg "für Israel schlimmer als eine Niederlage" ist: "Wenn arabische Vergeltung und Ausrottung das ist, was die Israelis fürchteten, dann haben sie sich so verhalten, als wären sie versessen darauf, ein Schreckgespenst in eine aktuelle Bedrohung zu verwandeln..." (S. 147).

Deutschers Essays, die weit über das

besondere jüdische Dilemma der Emanzipationsproblematik hinausweisen, streifen Aspekte der aktuellen weltpolitischen Krise. Und selten sind diese komplexen Fragen so verständlich dargestellt worden.

Berthold Rothschild

Weitere Literaturhinweise

Antunes, C./Juquin, P./Wolf, F.O. (Hg.) 1990: Für eine grüne Alternative in Europa. Perspektiven der ökologischen und feministischen Linken. Hamburg

Deppe, F./Huffschmid, J./Weiner, K.-P. (Hg.) 1989: 1992 – Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der EG. Köln

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hg.) 1989: Memorandum '89. Gegen Unternehmermacht und Patriarchat; Gleichstellung der Frauen, demokratische Wirtschaftspolitik in der EG. Köln

Steinkühler, F. (Hg.) 1989: Europa '92. Industriestandort oder sozialer Lebensraum? Hamburg

Prokla Nr. 75, 1989: Eurofieber. Mit Beiträgen v. D.Behrens, F.Tömmel, A.Statz, S.Amin, N.Rehrmann et al. Berlin

Gruppe Feministischer Internationalismus (Hg.) 1989: Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse. Frauen in der Weltwirtschaft. Edition CON. Bremen

Opitz, R. (Hg.) 1977: Europastrategien des deutschen Kapitals. 1900 – 1945. Einführung und Dokumente. Köln

Roth, K.-H. et al. (Hg.) 1991: Europastrategien des deutschen Imperialismus in Geschichte und Gegenwart. Materialien d. Internat. Tagung. Stiftung f. Sozialgeschichte. Hamburg

Eley, G. 1990: Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland. Münster

Sana, H. 1990: Das Vierte Reich. Deutschlands später Sieg. Hamburg

Glotz, P. 1990: Der Irrweg des Nationalstaats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum. Stuttgart

Pohrt, W. 1990: Der Weg zur inneren Einheit, I-VI. Über den autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990. In: Konkret 5-11/90. Hamburg

Frank, A.-G./Fuentes-Frank, M. 1990: Widerstand im Weltsystem. Kapitalistische Akkumulation. Staatliche Politik. Soziale Bewegung. Wien

Imbusch, P. 1990: Das moderne Weltsystem. Kritik der Weltsystemtheorie v. I.Wallerstein. Marburg

Bornschier, V. et al. 1990: Diskontinuität des sozialen Wandels. Frankfurt/New York

Balibar, E./ Wallerstein, I. 1990: Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg

Kalpaka, A./Räthzel, N. 1990: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. 2. völlig überarb. Aufl. Mundo Leer. Hamburg

Leggewie, C. (Hg.) 1990: MULTI KULTI. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Berlin

Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.) 1989: Kultur – Markt – Europa. Jahrbuch f. europäische Kulturpolitik. Köln

*

Sieg, Ch. (Hg.) 1990: Reise der Hoffnung. Flucht, Schleppertum und schweizerische Asylpolitik. Zürich